

Caritasverband für das Erzbistum Berlin e. V.

Caritasverband, Residenzstraße 90, 13409 Berlin

Fachreferent Wohnungslosenhilfe, Existenzsicherung und Straffälligenhilfe

Residenzstraße 90 (Ecke Reginhardstraße)
13409 Berlin
Telefon-Zentrale (0 30) 6 66 33-0

Kai-Gerrit Venske

Telefon-Durchwahl (0 30) 6 66 33-1146
Telefax (0 30) 6 66 33-1059
k.venske@caritas-berlin.de

www.caritas-berlin.de

19. März 2021

Protokoll LIGA-Fachausschuss Existenzsicherung und Armutsbekämpfung

vom **18.03.2021 14:30-16:40 Uhr**

Moderation : Corinna Boldt (V-ABI)
Protokoll: Kai-Gerrit Venske (CV)

Teilnehmer*innen der Videokonferenz:

Marco Rauter (LAG SIB), Anh-Van Tran (LAG SIB), Irina Meyer (DPWV), Corinna Boldt (V-ABI), Wiebke Rockhoff (DW), Heike Golletz (DRK), Christina Müller-Ehlers (AWO), Sigrid Rosenbusch (CV), Kai-Gerrit Venske (CV)

Entschuldigt: Markus Pleyer (DPWV), Birgit Münchow (AWO)

TOP 1 Begrüßung und Abstimmung der TO

Kai-Gerrit Venske begrüßt die Anwesenden. Corinna Boldt übernimmt die Moderation, da Kai-Gerrit Venske anstelle des Jüd. Wohlfahrtsverbandes protokolliert.

TOP 2 Protokollkontrolle (18.02.21)

Protokoll der letzten Sitzung wird ohne weitere Änderungen verabschiedet. Kai-Gerrit Venske wird dies versenden.

TOP 3 Austausch zu aktuellen Entwicklungen/ Durchlauf durch Themengebiete des LIGA-FA

3.1 Armut

Thema Energiearmut- schriftliche Informationen von Frau Schmidt-Allewelt (im Anschluss mündlich ergänzt von Anh-Van Tran [LAG SIB]):

„Das Fachforum Energiearmut ist im Sommer 2019 gestartet und neben Vattenfall, GASAG, einigen Jobcentern und Bezirksämtern, Immanuel-Beratung, LAG SIB usw. bin ich über den Stromspar-Check in diesen Arbeitskreis gekommen.

Es geht im Arbeitskreis um die Herstellung von Transparenz und um berlinspezifische Lösungen.

U-Osloer Straße (U8, U9)
Ausgang: Residenzstraße/Tromsöer Straße
5 Minuten Fußweg oder Bus 125 (1 Station)

Darlehnskasse Münster
IBAN: DE54400602650004080300
BIC: GENODEM1DKM

Steuernummer: 27/630/50875
Vereinsregister 5628 Nz

*Seit 2018 gibt es von der GASAG eine Hotline und seit ein paar Monaten bietet auch Vattenfall eine Hotline an. Dadurch soll die Kommunikation verbessert werden und schnelleres Handeln möglich sein. Es gab erstmal einen Probelauf und dann wurden die Telefonnummern über die LAG SIB verbreitet. Weiterhin wurde im Bereich Prävention geschaut, wie die Zusammenarbeit weiter verbessert werden kann (u.a. Schreiben in mehreren und in leichter Sprache/n usw.)
Es gibt Arbeitsgruppen zu den Themen Prävention, Kommunikation und Nachhaltigkeit.“*

Zum Thema Verweigerung von Sozialleistungen für EU-Bürger*innen siehe auch die kürzlich erschienene Pressemitteilung der BAGFW, die in Reaktion auf eine Abfrage unter Diensten und Einrichtungen erfolgte.

[Ergebnisse der BAGFW Abfrage](#) zu den Schwierigkeiten in der Durchsetzung von Leistungsansprüchen nach SGB II/XII und von Kindergeld für EU-Bürgerinnen und EU-Bürger. Die BAG FW hat diese mit einer [Pressemeldung](#) offiziell veröffentlicht.
Um einer begründeten Vermutung zuvor zu kommen: Der Bezugszeitraum der Umfrage war Juni 2019 bis Juni 2020. Die beschriebenen Probleme sind also nicht Corona geschuldet. (Quelle: DCV)

Wiebke Rockhoff schlägt vor, dass wir (u.a.) zu diesem Thema einmal mit dem LIGA FA Migration in den Austausch treten.

3.2 Allgemeine/Unabhängige Sozialberatung

Präsentation aus AG Spitzenverbandsförderung zur Evaluation der AUSB stellt Christina Müller zur Verfügung, diese wird über Kai-Gerrit Venske an alle weitergeleitet.
Frau Breitenbach befürwortet wohl eine Fortsetzung der AUSB-Förderung und es seien Mittel im Haushalt geplant. Wichtig ist aus Sicht unseres LIGA-FA, dass die per Haushalt zur Verfügung gestellten Mittel nicht in die globalen Bezirkshaushalte mit einfließen.

3.3 Schuldner- und Insolvenzberatung

Es soll zeitnah neue InSo-Antragsformulare über das Justizministerium geben, die dann ab 1.4. verpflichtend benutzt werden müssen.

Bundesweite Aktionswoche Schuldnerberatung „Der Mensch hinter den Schulden“ vom 7.-11.6.21, organisiert über AG SBV.
Ab April soll eine Befragung in den Beratungsstellen durchgeführt werden.

3.4 Teilhabe und Arbeitsmarktthemen

Evaluation Teilhabechancengesetz: Corinna Boldt wird hierzu zur nächsten Sitzung einen thematischen Input vorbereiten.

3.5 Digitalisierung

Schulcomputer: Weisung der BA (siehe letztes Protokoll) wird wohl jetzt umgesetzt. Dies sollte aber weiterhin beobachtet werden.

Heike Golletz weist auf Mikro-Förderungsmöglichkeiten für kleinere Projekte der Aktion Mensch hin.

3.6 Mietenpolitik

Umfrage unter den Teilnehmenden zu ersten Informationen zu den Auswirkungen des Mietendeckels und Austausch dazu.

Kai-Gerrit Venske verliest u.a. die folgende Mitteilung aus der AUSB Wilmersdorf von M. Bautz, die die Sachlage nach Einschätzung der Anwesenden sehr gut zusammenfasst:

„... ja sie spüren die Wirkungen.

- *Schon im Vorfeld (bei „Androhung“ des Deckels) war ein weniger aggressives Erhöhen der Mietpreise und ein vorsichtiges Stagnieren der Preise besonders bei den Großen (Vonovia, Deutsche Wohnen etc.) zu spüren.
Wohl um den Deckel noch zu vermeiden.
Das entspannte schon etwas in vielen Fällen.*
- *Mit dem Mietendeckel ist etwas Ruhe und vor allem weniger Angst bei den Klient*innen zu spüren und die Mieterhöhungen gibt es fast nicht mehr.*
- *Allerdings ist bei den Neuvermietungen meist die Klausel enthalten, dass mit Wegfall des Mietendeckels der Preis gehörig steigen wird (meist um ca. ¼ der Kaltmiete, manchmal auch mehr). Die meisten Personen/ Familien können sich dann diese Wohnungen nicht mehr leisten, mussten aber notgedrungen diese Verträge akzeptieren. (Auch viele Kolleg*innen sind betroffen). Das macht Vielen Sorgen.*
- *Zunehmend ist der Leerstand und das Abreißen von Mietwohnungen das Problem, um dann Eigentumswohnungen bzw. Neubauten zu hohen Preisen anzubieten, die meist nicht bezahlbar sind.*
- *Weiter ist tendenziell steigend auch zu beobachten, dass bei Neubauten auch Genossenschaften die AV-Wohnen pro qm am oberen Ende ansetzen und dann die zu bewilligenden Wohnungsgrößen überschreiten.
Somit sind die Wohnungen/ komplette Gebiete/ Häuser - für Empfänger von Sozialleistungen nicht vorgesehen und bedienen tlw. ausschließlich Personen/ Familien, die ggf. auch in der Lage wären, teurere Wohnungen zu finanzieren.
Auch bei einem Fall von Erwerbsunfähigkeit/ Arbeitslosigkeit etc. könnte das künftig schwierig für die Betroffenen werden. Diese Struktur führt zu sozialer Ausgrenzung und Entmischung.*
- *Hohe Abschlagszahlungen für Küchen etc. sind nicht selten.*
- *Unsanierete Wohnungen ohne Herd/Spüle ohne Tapeten oder Wandanstrich, ohne Fußbodenbeläge (blanker Beton) sind sehr häufig und beschäftigen die Jobcenter und unsere Dienste und Stiftungen mit der Prüfung von Erstausrüstungsbedarfen.
Die Wohnungsnot führt dazu, dass dieser Zustand akzeptiert wird, obwohl die Rechtslage eine andere ist.
Nur sehr wenige können sich leisten, ihre Rechte einzufordern, ohne Angst vor Absagen, (erneutem)Wohnungsverlust oder Schikanen der Vermieter zu haben.*

Mein Fazit:

Mietendeckel wirkt für sehr, sehr Viele sehr, sehr gut.

- *Es benötigt weitere wohnungspolitische, baurechtliche ... Schritte/ Maßnahmen, um den neuen Strategien von (meist spekulativen) Unternehmen zu begegnen bzw. auch die soziale Verantwortung der Unternehmen (bes. auch Genossenschaften) einzufordern.*
- *Es braucht ein Szenario „Was ist danach?“ entweder bei entsprechend negativem Gerichtsurteil bzw. nach der Laufzeit der gesetzl. Regelung.
Wie wird dann auch ein entsprechend Mietspiegel gestaltet?*
- *Aktueller Boom im Wohnungsbau der Eigentumswohnungen oder entsprechende Umwandlungen nützen derzeit nur Zugezogenen mit höherem Einkommen und verschärfen die Situation. Den derzeitigen Berliner Mieter*innen schadet dies.“*

Wiebke Rockhoff hat seitens des DW noch einmal Frau Heinrich von SenIAS angeschrieben, um zu erfragen, wie sich der Senat einen Schutz vor etwaigen Mietnachzahlungen im Falle eines Scheiterns des Mietendeckels für diejenigen vorstellt, die ohne Mietendeckel KdU über ALG 2 erhalten hätten.

3.7 Kinder- und Familienarmut

Keine neuen Informationen

3.8 Straffälligenhilfe

Irina Meyer berichtet, dass es aktuell sehr unterschiedliche Vorgaben gibt, welche Träger in welche JVA gehen dürfen.

Impfen und Testen: Arbeit statt Strafe ist derzeit bei Strategie außen vor.

TOP 4 Corona-Monitoring: Austausch zu neuesten Entwicklungen

Der Arbeitsförderbereich ist lt. Corinna Boldt durch die Impfstrategie nicht erfasst. V-ABI wird sich diesbezüglich noch einmal an Frau Zauner und Frau Breitenbach wenden.

Aktuell sind (u.a. durch das DW) wieder verstärkt Probleme und deutliche Verschärfungen mit den JC zu beobachten, wenn es um das Thema Fehlende Mitwirkung (durch Beibringung von Dokumenten) geht.

Vereinfachte Antragsverfahren am Beginn der Corona-Krise hätten sich als gut und wirksam erwiesen. Auf solche good practise sollten Verantwortliche im positiven Sinne stärker hingewiesen werden (wie das Gangway laut Irina Meyer gegenüber dem Reg. Bürgermeister kürzlich tat)

Treffen der BAGFW mit der BA (siehe **Anlage** am Ende des Protokolls) waren leider auch eher unergiebig, z.B. was die persönliche Erreichbarkeit der JC betrifft.

Es bestand Einvernehmen, dass es sinnvoll sei, wieder eine Gesprächsebene zwischen LIGA und Regionaldirektion zu schaffen. Christina Müller möchte diesbezüglich Kontakt aufnehmen.

TOP 5 Bericht aus LIGA-GF und anderen Gremien (z.B. LAK, Forum Grundsicherung)

LAK: Kampagne „wir kommen wählen“

Dieses Anliegen wird an unsere Organisationen weitergegeben und gefragt, wer sich mit welchem Angebot daran beteiligen möchte.

TOP 6 Allgemeine Sozialberatung – Stand Erstellung einer Adressdatei / eines Booklets

Der Entwurf für den Einleitungstext, den Irina Meyer in die Runde geschickt hatte, wird einstimmig angenommen. Die aktuelle AUSB-Liste wird dann zeitnah auf der LIGA-Website veröffentlicht.

Die AUSB-Liste ist dynamisch und soll regelmäßig aktualisiert werden.

TOP 7 Sozialpolitische Themen zur Wahl 2021

Siehe beiliegenden Entwurf (wird per Mail im Anschluss an die Sitzung versandt).

Gemeinsames Erarbeiten einer abschließenden Version auf Grundlage des von Kai-Gerrit Venske im Ergebnis der letzten Sitzung erstellten Entwurfes (nach Rücksprache mit Wiebke Rockhoff und unter Mitwirkung von Anh-Van Tran; Ergänzungen StraHi durch C. Müller und I. Meyer).

Heike Golletz wird diese abschließend in Form bringen. Das Papier wird dann zeitnah an die LIGA- GF übermittelt, damit dieses noch zu deren nächster Sitzung am 29.3. zur Verfügung steht.

(Die LIGA-GF planen Gespräche mit den Spitzenkandidat*innen; hierfür könnte das Papier unterstützen)

Kai-Gerrit Venske wird Kontakt zu den sozialpolitischen Sprecher*innen der Koalition im Abgeordnetenhaus aufnehmen und wegen eines Austausches mit dem LIGA-FA zu diesem Papier nachfragen.

Außerdem sollte (über Christina Müller) der Kontakt zu den arbeitsmarktpol. Sprecher*innen aufgenommen werden.

TOP 8 Verschiedenes

Susanne Weller (DW) hat angeboten, aus dem ESF-Begleitausschuss zu berichten und wird über Wiebke Rockhoff zur nächsten Sitzung unseres LIGA-FA eingeladen.

Irina Meyer berichtet über eine Petition des DPWV zur Hauptstadtzulage.

TOP 9 Jahresplanung 2021

Nächster Termin: **6.5.** per Zoom, 14:30 Uhr bis 16:30 Uhr. **Nächstes Protokoll: DPWV**

Link: Zoom-Meeting beitreten

<https://us02web.zoom.us/j/86318879490?pwd=c216bGZoTXpKb0NkTllvSEJ1eU5qQT09>

Meeting-ID: 863 1887 9490

Kenncode: 899020

Schnelleinwahl mobil

+496950502596,,86318879490# Deutschland

+496971049922,,86318879490# Deutschland

Einwahl nach aktuellem Standort

+49 30 5679 5800 Deutschland

Weitere Termine werden dann in der nächsten Sitzung abgestimmt.

Anlage: Gesprächsnotiz von Claire Vogt (Deutscher Caritasverband) zum Treffen der BAGFW mit der BA (Ende Februar 2021)

„Das Gespräch der BAGFW mit der BA (Thekla Schlör [Bereichsleiterin Produktentwicklung Fachkräfte und Langzeitarbeitslose] und Andreas Staible [Fachbereichsleiter, Integrationsprozesse im SGB II] letzten Donnerstag verlief erwartungsgemäß. Die BA zeigte zwar durchaus Offenheit, sich unsere Anliegen anzuhören und es wurde signalisiert, dass diese ernst genommen werden. Mit Blick auf unsere Vorschläge zu einer besseren, verlässlicheren Kommunikation war die Bereitschaft aber gering bzw. es wurde auf die bekannten Hindernisse hingewiesen (Entscheidungshoheit der JC-Geschäftsführungen, BA könne hier nur werben, aber nichts durchsetzen).

Allgemeine Aussagen der BA

- Auch die BA/ Jobcenter/AA waren – wie unsere Einrichtungen und Dienste und wie alle – nicht auf die Einschränkungen durch die Gesundheitsschutzmaßnahmen vorbereitet, teilweise durften Mitarbeitende nicht in die Behörden und mussten ins Homeoffice ohne die nötige Ausstattung
- Hauptpriorität war und ist: Leistungsgewährung sicherstellen (Geldleistungen): Sicherung Lebensunterhalt, Kurzarbeitergeld. Das ist eine politische Priorisierung, vom BA-Vorstand umgesetzt. Kurzarbeit-Welle: allein Nov. 20 bis Jan. 21 mehr Anträge als 2008/2009 insgesamt; hierfür wurden auch aus der BA-Zentrale und dem IAB Mitarbeiter abgeordnet, so dass das Personal zeitweise schlicht nicht zur Verfügung stand.
- Grundidee: was vor Ort geht, soll auch digital oder per Telefon genauso gehen
- Datenschutz: Diese Vorschriften, die dem Schutz jedes Einzelnen dienen sollen, erweisen sich oft als Pferdefuß. Man bemüht sich um pragmatische Lösungen und Auslegungen in Bezug auf den Datenschutz: da hat man das gleiche Interesse wie die FW. Man geht teilweise schon über Erlaubtes hinaus, z.B. in der unverschlüsselten Mailkommunikation

Erreichbarkeit der JC und Arbeitsagenturen

- Das Anrufvolumen hat sich im Vergleich zum Vorjahr verzehnfacht, es fehlte daher auch oft an Personal für die Hotlines. Inzwischen haben alle JC lokale Hotlines geschaltet; angesichts der Ressourcen kann nicht sichergestellt werden, dass die Anrufer*innen immer direkt die Expert*innen für das jeweilige Anliegen in der Leitung haben. Keine zentrale Festlegung zu Herausgabe Durchwahlnummern, ist JC-Sache und liegt in deren Organisationshoheit
- In der überwiegenden Mehrheit sind die Bearbeitungszeiten gut, lange Dauer Ausnahmefälle, es läuft oft dort schlecht, wo auch sonst die regionale Zusammenarbeit mit den Beratungsstellen nicht gut ist
- Unterlagen werden/ wurden oft in Papierform verschickt oder kontaktlos übergeben (vor die Tür gestellt)
- SGB III: Hauptagenturen bieten inzwischen flächendeckend Notfallsprechstunden an
- SGB II: hier kann man nur in den Trägerversammlungen darauf hinwirken und tut das auch, Notfallzugänge werden mit Nachdruck empfohlen, operative Abläufe werden jedoch vor Ort festgelegt, es kann zu lokalen Besonderheiten kommen (etwa wegen besonders hoher Inzidenzen)
- Videokommunikation wird im SGB II als Zusatzangebot auch für die Zukunft erprobt und weiterentwickelt

Download ALG I-Antrag

- Die zuständige Fachabteilung begründet den Verzicht auf die Download-Möglichkeit wie folgt:
 - Der Antrag ist so komplex, dass er ohne Beratung eigentlich nicht ausgefüllt werden kann. Deshalb sollen die Menschen ihn per Tel. anfordern oder persönlich abholen, um schon bei diesem Kontakt eine erste Beratung zu erhalten. Dann bekommt jeder nur die für seine individuelle Situation notwendigen Formulare.
- Die von der BAGFW genannten Schwierigkeiten für Klient/innen und Berater/innen und die Bitte, den Download wieder zu ermöglichen, wurden geschildert und werden BA-intern weitergegeben.
- durchschnittliche Bearbeitungsdauer ALG I ist sehr kurz, unter 10 Tage, keine Probleme hier

Sprachbarrieren

- Bei den digitalen Zugängen habe sich sehr viel getan. Die Angebote mehrsprachig auszugestalten, erfordere Ressourcen, die man momentan nicht habe bzw. anderweitig einsetze (keine Priorität)
- Es gibt Datenschutzprobleme bei Videokonferenzen/ Chats mit Dritten.
- Zuschaltung der Dolmetsch-Hotline: in Präsenz-Terminen unproblematisch möglich (233 JC nutzen diesen Service). Die Zuschaltung soll auch bei telefonischen Kontakten möglich sein. Der Grundsatz ist: die Kommunikation soll im gleichen Maße erfolgen wie bei Präsenz-Terminen.

Erreichbarkeit junger Menschen

- BA teilt Sorge der BAGFW, dass v.a. Jugendliche nicht ausreichend gut erreicht werden, manche verlorengehen.
- Man arbeitet an online-Veranstaltungen der Berufsberatung für Schulklassen
- Man erprobt Videokonferenzen zur Berufsberatung, auch hier Datenschutzfragen: „Amt im Kinderzimmer“, unstabiles WLAN, Datenvolumen als Probleme
- JC und Jugendämter arbeiten an besserer Vernetzung (z.B. mit der Plattform YouConnect); ist auch ein Zukunftsthema, wie man auf Jugendliche zugeht
- Offen für von BAGFW angeregten Ideen-Austausch (Vereinbarung: Folgegespräch mit dem Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit)

Die BA führt ein 14tägiges Monitoring mit den JC durch und hat daher einen guten Überblick, was in der Fläche passiert. Dennoch ist es wichtig, dass wir die Erfahrungen aus der Praxis transportiert haben und die BA mal einen Abgleich bekommt.“